

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Nymann, Riesa; für die Redaktion: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Meißen beiderhöckerseits bestimmte Blatt.

Verlag: Carl Neumann, Riesa. Preis: 15 Pfennig. Einzelhefte: 2 Pfennig.

Nr. 251.

Samstag, 26. Oktober 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis** gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Abgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Grundpreis** des Blattes pro 1000 Exemplare: 120 Mark. **Beilage** (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 28. vom 28. bis 1. November 1929: 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Auslieferung letztes Exemplar an der Hand. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Postamts oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck und Verlag:** Lange & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle:** Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nymann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Ein Europäer stirbt.

(Römischer Brief.)

Rom, den 25. Oktober 1929.

Ein Europäer stirbt... Um die schöne Villa Maista ein halbes Dutzend von italienischen und anderen Journalisten, von Atanasi allen in Rom beauftragten diplomatischen Vertretungen, Ärzte fahren vor und wieder ab — die Gesichter sind hoffnungslos. Man weiß, daß dem armen Patienten menschliche Kunst nicht mehr helfen kann, daß das Lebenslicht nur noch schwach glimmt, daß Sprache und Bewußtsein schon getrübt sind, daß dieser einst so beredte Mund nur noch unverständliches flammelt. Und wer ihn gekannt hat, vermag sein Empfinden nicht besser auszudrücken, als mit diesen Worten: da stirbt einer der letzten Europäer, den sein Europäertum niemals daran gehindert hat, ein sehr guter Deutscher zu sein. Nur daß sein Deutschtum anderen nicht auf die Nerven geht, daß es eben europäische — nicht internationale — Färbung hat. Dieser Sterbende ist einer der letzten humanistischen Kultur — wie es auch sein großer politischer Lehrenter Wismarck gewesen ist — dabei ist er persönlich liebenswürdig, kunsttunig, witzig und schlagfertig. Ja, er ist nicht einmal in einer vertraulichen Unterredung — freilich nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst — gesagt, er habe in einem Augenblick seiner Jugend geschwankt, ob er nicht Publizist werden sollte? Aber vielleicht hat er es nur gesagt, um dem Journalisten, mit dem er sprach, etwas Liebliches zu sagen — nein, mehr als Liebenswürdiges, etwas Tröstliches! — zu sagen. Er wäre sicher ein guter Publizist geworden. Daß er gut schreiben konnte, hat er bewiesen. Als Redner im Reichstag war er von großer Sicherheit, konnte pathetisch sein, wo es notat, und verlor keine Gegner auch dann nicht, wenn er ihnen sachlich aus ihrer Widersprüche. Er war objektiv, aber nicht in dem Sinne, daß er selbst einmal im Privatgespräch ironisch stöhnte: „Meine kleinen Landstände glauben objektiv zu sein, wenn sie in ihrem Nebenmenschen ein Objekt sehen.“ Man fühlte, daß er im Nebenmenschen das Subjekt sah, mochte dieses auch anderer Meinung sein, als er selbst.

In Privatgesprächen konnte er entzückend witzig sein. Er hatte aus der Diplomatie ein Studium gemacht und sprach zuweilen davon, daß er ein Handbuch für junge Diplomaten schreiben wolle. Vielleicht findet sich das Manuskript in seinem Nachlaß. „Was ist Diplomatie?“ sagte er einmal und gab dann das folgende Bild: „Sie gehen mit einem Freunde spazieren. Es fängt an zu regnen. Sie haben einen Schirm. Ihr Freund hat keinen. Aus Höflichkeit müssen Sie ihn mitbedecken und man — werdet Ihr alle beide naß! Da begegnet Ihnen noch ein Bekannter, der auch keinen Schirm hat. Den winken Sie heran und nehmen ihn an Ihren anderen Arm. Und jetzt gehen Sie in der Mitte, schütten sich selbst — und lassen die beiden anderen naß werden: Das ist Diplomatie.“ Ein andermal sagte er, es handle sich in der Politik im wesentlichen darum, daß man spiele, ohne einen Einsatz zu riskieren. Wir scheint, daß er damit das Wesen seiner eigenen Außenpolitik charakterisieren wollte.

Es war ihm aber nicht vergönnt, seine diplomatische Kunst voll zu zeigen, da eine andere Macht in seine Konventionen hineintrat — eine Macht, die zu widerstehen, Bälou keine Kraft hatte. — Man hat ihm vorgeworfen, daß er seine Reden mit zu vielen Zitaten, also mit fremdem Stoff gedimmt habe. Aber er hat so viel eigenen Stoff, daß er auch einmal borgen kann, ohne daß sein Kredit leidet. Und das hübscheste Zitat habe ich einmal von ihm in einem Privatgespräch gehört. Er erzählte, wie er einmal in einer vorläufigen diplomatischen Lage nicht aus noch ein gewußt habe. „Aber, da, auf einmal“, sagte er, „ersahen der erhabene Fremdling“ — der, seine Güte, seinen Gehalt und erkannte an, erkannt ob dieses pathetischen Ausdrucks, und erwarteten einen Deus ex machina. Er lachte schallhaft und bellamierte Verse — wir erlaubten nachher, aus Schillers „Räuber“:

Da fiel der Herrheit dumpfe Schwärze
Und Menschheit trat auf die entwölkte Stirn
Und der erhabne Fremdling, der Gedanke,
Ehrensprache aus dem kranken Gehirn.“

Und nun erzählte er, wie ihm plötzlich ein guter Einfall gekommen sei und ihn aus der Zwangsmühle befreit habe.

Sein Lieblingsdichter ist bekanntlich Goethe, sein Lieblingschriftsteller Arthur Schopenhauer, aber nicht der Metaphysiker der „Welt als Wille und Vorstellung“, sondern der Dichter, der die „dialektische Kritik“, jene Disputierkunst geschrieben hat, von der Fürst Bälou meint, daß jeder Diplomat täglich einen Paragraphen davon lesen müsse. In der Luft ist er ein gläubiger Mozartianer. Daß er Richard Wagner besichtigt hat, ist wohl mehr einer ritterlichen Verbeugung vor seiner geliebten und verehrten Gattin gleichzusetzen, die wirklich eine fanatische Wagnerianerin war. Aber Mozart entspricht mehr diesem europäischen Temperament als Wagner.

Dringende Forderungen der Landwirtschaft.

Innerdeutsche Bewertung der Erzeugnisse.

11 Berlin, 25. Oktober. Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Bauernpartei und die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei haben im Reichstag neue Anträge zur Behebung der landwirtschaftlichen Not eingebracht. So wird gefordert, daß in den Etat des Reichsernährungsministeriums zur Förderung des Exports, zur Aufspeicherung und zur Verbilligung des für Futter- und Schlachtvieh bestimmten inländischen Roggens für die Getreideernte 1929/30 20 Millionen Mark und für den gleichen Zweck in den folgenden vier Etatsjahren ebenfalls ein Betrag von je 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird. Weiter wird die Reichsregierung ersucht, die im Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Förderung der Verwertung der Getreidereste für die Milch- und Fleischgewinnung im Jahre 1929/30 vorgelebene Summe von 1750 000 Mark sofort in vollem Umlauf zur Verfügung zu stellen, sowie die Zinsen des Deutschen Getreidehandelsgesellschaft vom Reich zur Verfügung zu stellen. Weiter sollen im Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Förderung des Kartoffelbaues und der Kartoffelverwertung 7 Millionen Mark und für den gleichen Zweck in den folgenden 4 Etatsjahren ebenfalls je 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Schließlich wird noch verlangt, daß der Fall auf 15 Mark für den Doppelzentner festgesetzt wird. Zur Begründung dieser Anträge wird u. a. ausgeführt: Die Roggenpreise haben einen neuerlichen Rekordstand erreicht. Sie liegen nur noch etwa 5 Prozent über den Vorkriegspreis, d. h. also, daß die Kaufkraft des Roggens bei Zurverfügungstellung einer allgemeinen Teuerungsziffer von 150 Prozent um ein Drittel im Vergleich zur Vorkriegszeit gesunken ist.

Da die Schweißmehlgebiete in Nordwestdeutschland auf den Zustand fehlgeleiteter Futtermittel angewiesen sind, besteht die Möglichkeit, den Import an bereiteten Futtermitteln, in erster Linie an Gerste, einzuschränken und an deren Stelle den Roggen mit einer entsprechenden Verbilligung aus den Uckermarkenländern und aus Mittel- und Ostdeutschland nach Nordwestdeutschland zu liefern. Für diese Verbilligung des Futtermittels sowie zur Förderung des Exports, und um einen Anreiz zur Verarbeitung von

Roggen an Stelle von Mais in den Getreidebrennereien zu schaffen, wird die Bereitstellung eines Betrages von 20 Millionen Mark auf die Dauer von fünf Etatsjahren gefordert.

Auch die Kartoffelpreise liegen nur unwesentlich über den Vorkriegspreis, woraus sich für die Landwirtschaft schwere Verluste ergeben. Da nur ein Drittel der deutschen Kartoffelernte zur menschlichen Ernährung verwendet werden kann und die Aufnahmefähigkeit der Kartoffelverarbeitungsgewerbe, abgesehen von der Kartoffelverwertung, etwa 5 Prozent der Gesamternte nicht überschreitet, können die Kartoffelüberschüsse nur durch Verwertung in erster Linie an Schweine verwertet werden. Um die sehr beträchtlichen Schwankungen der Kartoffelernten auszugleichen und um die Transportfähigkeit der Kartoffel zu erhöhen, ist Förderung der Ausfuhr und der Kartoffelverwertung erforderlich. Auch hier muß ähnlich wie beim Roggen das Ziel sein, die Kartoffelkosten nach den Futterzaufschlaggebieten in Nordwestdeutschland zu senken. Diese Maßnahmen für Roggen und Kartoffelkosten sind deshalb auch für die gesamte deutsche Schweinehaltung von besonderer Bedeutung, weil nur dadurch eine ungesunde Ausdehnung der Schweinefleischproduktion in den Roggen- und Kartoffelüberschussgebieten bei geringem Erneuerungsfall vermieden und damit einer den Jahren 1927/28 ähnlichen Schweinekrise vorgebeugt werden kann.

Um die entsprechende Verwertung der Kartoffelüberschüsse technisch und abfahrgemäß zu ermöglichen, wird die Bereitstellung von 7 Millionen Mark für die Dauer von fünf Etatsjahren gefordert. Die für die Behebung des Roggen- und Kartoffelabfalls geforderten Beträge sollen finanzwirtschaftlich ihre Deckung durch Erhöhung des Futterzuschusses von 2 auf 3 Mark (Schweinefleisch) erhalten. Es würde hierbei ein Betrag von 45 bis 50 Millionen an Abfällen mehr aufkommen und selbst bei Einfuhr der Vorkriegspreise um ein volles Drittel immer noch ein Mehrertrag von 20 bis 45 Millionen Mark vorhanden sein. Die Erhöhung des Futterzuschusses wird gefordert, um damit dem Bräuereimarkt eine sofort wirksame Stütze zuteil werden zu lassen. Die Depression auf dem deutschen Bräuereimarkt ist in der Hauptsache auf die starken Auslandseinfuhren zurückzuführen. Hierunter leiden besonders Süd- und Mitteldeutschland.

Die Feiertagsfrage vor dem Landtagsausfluß

11 Dresden, 25. Oktober. Im Rechtsausschuß des Landtages wurden heute die Verhandlungen über die Feiertagsfrage fortgesetzt. Die Regierung erklärte, daß nach neueren Informationen der Reichsinnenminister hoffe, daß die Frage der Einführung eines allgemeinen nationalen Feiertages demnächst in Fluß kommen werde; Bestimmtes über die Ausläufer dieser zur Zeit im Rechtsausschuß des Reichstages lagernden Materie lasse sich nicht sagen. Abg. Ebel (Soz.) stellte in Aussicht, daß die Gewerkschaften mit einem gemeinsamen Aufruf eine ungemöhnliche Aktion gegen die Regierungspläne einleiten würden. Abg. Renner (Komm.) polemisierte in erster Linie gegen die Sozialdemokratie.

Der Vorsitzende Abg. D. Hofmann (Dt. Volt.) beantragte die Änderung der Regierungsvorlage in dem Sinne, daß neben dem 9. November auch der 1. Mai seines Feiertagscharakters entkleidet werde. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde ein sozialdemokratischer Antrag, den Ministerpräsidenten zur Teilnahme an den Ausschussverhandlungen einzuladen, einstimmig angenommen. Dagegen wurden die Anträge auf Vertagung bis nächste Woche und Herbeiziehung von Gutachten abgelehnt.

Zu Ministerpräsidenten wurden weiter die Abg. Renner und Herrmann (Komm.) und Schöning (Soz.) bestellt und dann die Beratungen bis nachmittags 3 Uhr unterbrochen.

In der Nachmittagsitzung des Rechtsausschusses des Landtages erklärte Ministerpräsident Dr. Höcker u. a., die Regierung habe die Feiertagsvorlage so zeitig an den Landtag bringen wollen, daß sich die Bevölkerung bequem auf Änderungen habe einstellen können. Es sei geboten gewesen, sich auf den 9. November zu beschränken, zumal dieser Tag weniger umstritten sei als der 1. Mai. Darum habe das Kabinett zur Frage des 1. Mai Stellung zu nehmen zunächst keinen Anlaß gehabt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte einigte sich der Ausschuss dahin, lediglich die Regierungsvorlage und die Anträge der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, und zwar gemeinsam, zur weiteren Beratung zu stellen. Dr. Höcker hob in einer weiteren Erklärung, nachdem mehrere Redner der Linken gesprochen hatten, hervor, daß bei den künftigen Behörden im Hinblick auf die neuen Staatsverhältnisse der 11. August gefeiert werde. Ein Vergleich für den 9. November als Feiertag liege daher nicht vor, zumal andere Länder eine gleiche Einrichtung nicht beäßen, im übrigen auch wirtschaftliche Gesichtspunkte dagegen sprächen. Weder in diesem, noch in einem anderen Punkte seien mit den Nationalsozialisten Bemerkungen getroffen worden.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) legte dem Ausschuss den Antrag vor, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß durch ein Reichsgesetz unter Aufhebung aller politischen Landesfeiertage ein deutscher Nationalfeiertag eingeführt werde. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt, weil Abg. Dr. Wollner (Aufwertungspartei) mit den Linksparteien stimmte.

Darauf beschloß der Ausschuss, die Verhandlungen auf Montag 3 Uhr zu vertagen.

Anträge im Landtage.

11 Dresden. Die Volkrechtspartei hat im Landtag folgende Anträge eingebracht:

1. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen: a) die Fürsorgeverbände dürfen Vorzugsrenten und Anwartschaften bis zum Betrage von jährlich 270 RM. auf die Kleinrentenunterstützung nicht anrechnen. Bereits gezahlte Beträge sind zurückzahlen. b) Die Fürsorgeverbände haben bei Gewährung von Kleinrentenunterstützungen eine Rückzahlung (Aufwertungsforderung oder sonstiger Nachlaß) nicht zu verlangen.
2. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, einen Belegentwurf über die Aufwertung der Gemeindeforderungen vorzulegen, in dem individuelle Aufwertung vorgeschrieben ist. Die Einschätzung der Sachwertvermögen der in Frage kommenden Gemeinden muß durch vereidigte Sachverständige erfolgen. Die Prüfung der Vermögensaufstellung hat unter Einwirkung von Treuhändern aus den Reihen der Gläubiger zu geschehen. Diefelbe ist dann dergestalt der Öffentlichkeit vorzulegen, daß daraus der Vermögenszuwachs der Gemeinden seit 1914 leicht ersichtlich ist.
3. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, Mittel bereit zu stellen für die Selbstkündigungserwerbsloser älterer Angestellter.

Kabinate Parteibesprechungen

zur französischen Kabinettsbildung.

Nach Schluß der gestrigen Sitzung des Kabinetts besprachen sich die Minister im großen Saal des Reichstages eine längere Besprechung zwischen Daladier, Perrot, Callaux und Albert Sarraut statt. Nach deren Besprechung erklärte Daladier: „Ich kann vorläufig nur von Versuchen sprechen.“ Auf die Frage, ob er bereits damit begonnen habe, mit seinen politischen Freunden zu beraten, antwortete Daladier: „Nein, denn nach den Parteibestimmungen kann kein Mitglied einwilligen, in eine Regierung einzutreten oder eine Regierung zu bilden, wenn es sich nicht vorher mit den gemäßigten Vertretern der Partei im Einvernehmen gesetzt hat.“